

MINISTERIALBLATT

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

33. Jahrgang	Ausgegeben zu Düsseldorf am 3. Juli 1980	Nummer 62
--------------	--	-----------

Inhalt

I.

Veröffentlichungen, die in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBL. NW.) aufgenommen werden.

Glied.- Nr.	Datum	Titel	Seite
203030 203033	13. 5. 1980	RdErl. d. Innenministers Dienstrechtliche und besoldungsrechtliche Auswirkungen eines Mutterschaftsurlaubs für Beamtinnen .	1232
20310	2. 5. 1980	RdErl. d. Innenministers Tarifvertrag zur Regelung der Arbeitsbedingungen der mit der Räumung der Kampfmittel beschäftigten Angestellten des Landes NW	1233
20310	2. 5. 1980	RdErl. d. Innenministers Tarifvertrag zur Regelung der Arbeitsbedingungen der mit der Räumung der Kampfmittel beschäftigten Arbeiter des Landes NW	1233
203206 20024	19. 5. 1980	RdErl. d. Finanzministers Richtlinien über die Schadenshaftung der Fahrer von Dienstkraftfahrzeugen im Verhältnis zu ihrem Dienstherrn	1234
2100	23. 5. 1980	RdErl. d. Innenministers Ausführungsanweisung zum Gesetz über das Paßwesen - AA PaßG -	1234
230	20. 5. 1980	Bek. d. Ministerpräsidenten Genehmigung des Gebietsentwicklungsplanes für den Regierungsbezirk Detmold, Teilabschnitt Lippe .	1234
23210	20. 5. 1980	RdErl. d. Innenminister Verwendung einheitlicher Vordrucke im bauaufsichtlichen Verfahren	1234
71341	16. 5. 1980	RdErl. d. Innenministers Die Bestimmung von Vermessungspunkten der Landesvermessung in Nordrhein-Westfalen (Vermessungspunkterlaß I)	1244
7815		Berichtigung zum RdErl. d. Ministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten v. 16. 4. 1980 (MBL. NW. 1980 S. 998) Richtlinien für die Förderung der langfristigen Verpachtung in der Flurbereinigung durch Übernahme der Beitragsleistung (Richtlinien für die langfristige Verpachtung - Beitragsübernahme -)	1257

II.

Veröffentlichungen, die nicht in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBL. NW.) aufgenommen werden.

Datum		Seite
	Ministerpräsident	
	Verleihung des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland	1251
21. 5. 1980	Bek. - Generalkonsulat der Demokratischen Volksrepublik Algerien, Frankfurt/Main	1244
	Innenminister	
15. 5. 1980	RdErl. - Die Bestimmung von Vermessungspunkten der Landesvermessung in Nordrhein-Westfalen (Vermessungspunkterlaß I)	1244
	Personalveränderungen	
	Finanzminister	1249
	Hinweis	
	Inhalt des Gesetz- und Verordnungsblattes für das Land Nordrhein-Westfalen Nr. 38 v. 11. 6. 1980	1257

I.

203030
203033**Dienstrechtliche
und besoldungsrechtliche Auswirkungen
eines Mutterschaftsurlaubs für Beamtinnen**RdErl. d. Innenministers v. 13. 5. 1980 –
II A 2 – 1.31.02 – 1/80

Zur Anwendung der Verordnung über den Mutterschutz für Beamtinnen im Lande Nordrhein-Westfalen (MuSchVB) in der Fassung vom 4. Juli 1968 (GV. NW. S. 230), geändert durch Verordnung vom 5. September 1979 (GV. NW. S. 550), – SGV. NW. 20303 – gebe ich folgende vorläufige Hinweise:

1 Dienstrechtliche Auswirkungen

- 1.1 Der Mutterschaftsurlaub gem. § 5 a Abs. 1 MuSchVB schließt sich unmittelbar an die Schutzfrist des § 4 Abs. 1 MuSchVB an.
- 1.2 § 5 a Abs. 2 MuSchVB beinhaltet eine Ausschlussfrist. Aus verwaltungsorganisatorischen Gründen kann von der Beamtin verlangt werden, den Mutterschaftsurlaub früher als vier Wochen vor Ablauf der Schutzfrist zu beantragen.
- 1.3 Erkrankt die Beamtin während der Schutzfrist, so beginnt der genehmigte Mutterschaftsurlaub unmittelbar nach Wiederherstellung der Dienstfähigkeit, die die Beamtin ihrer Dienststelle unverzüglich anzuzeigen hat.
Eine Erkrankung während des Mutterschaftsurlaubs ist ohne Einfluß auf den Mutterschaftsurlaub.
Der Mutterschaftsurlaub endet spätestens an dem Tage, an dem das Kind den sechsten Lebensmonat vollendet (§ 187 Abs. 2 BGB).
- 1.4 Die Beamtin ist für die gesamte Dauer der Schutzfrist gem. § 4 Abs. 1 MuSchVB vom Dienst freigestellt, auch wenn das Kind innerhalb der Schutzfrist stirbt. Sie kann gem. § 5 a Abs. 4 Satz 2 MuSchVB zusätzlich Mutterschaftsurlaub von höchstens drei Wochen beanspruchen, sofern das Kind vor Ablauf der Schutzfrist stirbt. Die Urlaubsdauer im Einzelfall ergibt sich daraus, daß von der maximalen Urlaubsdauer gemäß Satz 2 die Zahl der Tage abzuziehen ist, die zwischen dem Todestag und der Beendigung der Schutzfrist liegen.
- 1.5 Ein vorzeitig beendeter Mutterschaftsurlaub kann bezüglich der verbleibenden Zeit nicht wieder angetreten werden.
- 1.6 Die Zeit des Mutterschaftsurlaubs wird auf die in § 85 a LBG genannten Zeiten nicht angerechnet.
- 1.7 § 11 Abs. 1 Satz 1 MuSchVB schützt die Beamtin während der angegebenen Zeit nicht nur vor der Entlassung selbst, sondern verbietet – entsprechend § 9 a MuSchG – auch, der Beamtin eine Entlassungsverfügung zuzustellen. Das Entlassungsverbot steht jedoch der gesetzlichen Beendigung des Widerrufs-beamtenverhältnisses im Vorbereitungsdienst nach Bestehen oder endgültigem Nichtbestehen der die Ausbildung abschließenden Prüfung nicht entgegen.
- 1.8 Auswirkungen auf die Rechtstellung der Beamtin
- 1.8.1 Über die Verlängerung des Vorbereitungsdienstes infolge Mutterschaftsurlaubs entscheiden die zuständigen Behörden nach Maßgabe der Ausbildungs- und Prüfungsordnungen.
- 1.8.2 Für die Berechnung der Probezeit gilt § 7 Abs. 3 Satz 1 LVO. Die Frist für die Umwandlung eines Probebeamtenverhältnisses in ein Beamtenverhältnis auf Lebenszeit (§ 9 Abs. 3 Satz 1 LBG) verlängert sich nicht um die Zeit eines Mutterschaftsurlaubs.
- 1.8.3 Auf die nach den Vorschriften der LVO geforderten Dienstzeiten wird die Zeit eines Mutterschaftsurlaubs angerechnet.
- 1.8.4 Beförderungen sind bei Vorliegen der sonstigen Voraussetzungen auch während des Mutterschaftsurlaubs zulässig.

- 1.9 Die Übertragung von ggf. gem. § 5 a Abs. 7 MuSchVB gekürztem Erholungsurlaub ist zulässig, wenn er wegen des Mutterschaftsurlaubs nicht genommen werden konnte.

2 Besoldungsrechtliche Auswirkungen

- 2.1 Für die Zeit des Mutterschaftsurlaubs werden die um die gesetzlichen Abzüge (Lohn- und Kirchensteuer) gekürzten Dienst- oder Anwärterbezüge bis zu einem Höchstbetrag von monatlich 750,- DM als Mutterschaftsgeld weitergewährt.

Die Bezüge sind nach § 3 Nr. 1 Buchstabe d des Einkommensteuergesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. Juni 1979 (BGBl. I S. 721), geändert durch Gesetz vom 27. Juni 1979 (BGBl. I S. 823), steuerfrei.

Die Berechnung des Mutterschaftsgeldes für Teile eines Monats richtet sich nach § 3 Abs. 4 BBesG.

- 2.2 Hinsichtlich der Konkurrenzregelungen für den Ortszuschlag (§ 40 Abs. 5 u. 6 BBesG) ist davon auszugehen, daß in dem Mutterschaftsgeld gem. § 5 a Abs. 8 MuSchVB ein dem Verheiratetenanteil oder einem Kinderanteil des Ortszuschlags entsprechender Betrag nicht enthalten ist; dies gilt auch für den Fall, daß die monatlichen Nettoeinkünfte weniger als 750,- DM betragen haben. Bei dem im öffentlichen Dienst stehenden oder versorgungsberechtigten Ehegatten der Beamtin bzw. dem Anspruchsberechtigten i. S. d. § 40 Abs. 6 BBesG finden die Konkurrenzregelungen deshalb während des Bezugs von Mutterschaftsgeld gem. § 5 a Abs. 8 MuSchVB keine Anwendung. Entsprechendes gilt hinsichtlich des Mutterschaftsgeldes, das Arbeitnehmerinnen nach Ablauf der Schutzfrist des § 6 Abs. 1 des Mutterschutzgesetzes für die Dauer des Mutterschaftsurlaubs gewährt wird.

Für die Frage, ob der Verheiratetenanteil und/oder der Kinderanteil im Ortszuschlag des Ehemannes bzw. des Anspruchsberechtigten i. S. d. § 40 Abs. 6 BBesG während des Mutterschaftsurlaubs gem. § 6 BBesG entsprechend seiner Teilzeitbeschäftigung verringert wird oder auf Grund von § 40 Abs. 5 und 6 jeweils letzter Satz BBesG ungekürzt zusteht, sind die bei der Empfängerin des Mutterschaftsgeldes vor Beginn der Schutzfristen gegebenen Verhältnisse (Vollzeit- oder Teilzeitbeschäftigung) maßgebend.

Bei der Änderung des Ortszuschlages des Ehemannes oder des anderen Anspruchsberechtigten ist § 41 Abs. 2 BBesG zu beachten.

- 2.3 Ist die Ehefrau eines Anwärters Anwärterin, Beamtin oder Richterin, so wird die Anwendung der Konkurrenzvorschrift des § 62 Abs. 3 Satz 1 BBesG (Gewährung nur des halben Anwärterverheiratetenzuschlags) durch den Mutterschaftsurlaub nicht unterbrochen, da die Ehefrau auch für diese Zeit Anwärterin, Beamtin oder Richterin mit Anwärter- bzw. Dienstbezügen ist.

In den Fällen des § 62 Abs. 3 Satz 3 BBesG ist entsprechend zu verfahren.

Ist die Ehefrau des Anwärters dagegen als Arbeitnehmerin mit mindestens der Hälfte der regelmäßigen Arbeitszeit im öffentlichen Dienst beschäftigt, so bewirkt die Gewährung des Mutterschaftsgeldes (auch des nach Ablauf der Schutzfrist des § 6 Abs. 1 des Mutterschutzgesetzes gewährten Mutterschaftsgeldes) nach § 62 Abs. 3 Satz 2 Nr. 3 BBesG keine Herabsetzung des Anwärterverheiratetenzuschlags, d. h. die Konkurrenz wird für die Dauer der Gewährung von Mutterschaftsgeld unterbrochen.

- 2.4 Auf die Notwendigkeit, in den Konkurrenzfällen des § 40 Abs. 5 und 6 BBesG zwischen den gehaltszahlen- den Stellen Mitteilungen über die Zahlung des Mutterschaftsgeldes (an die Beamtin bzw. Arbeitnehmerin) und des höheren Ortszuschlags an den Ehemann oder den anderen Anspruchsberechtigten auszutauschen, wird hingewiesen. Entsprechendes gilt in den Fällen des § 62 Abs. 3 Satz 2 Nr. 3 BBesG hinsichtlich des Anwärterverheiratetenzuschlags.

- 2.5 Die vermögenswirksamen Leistungen gemäß § 2 des Gesetzes über vermögenswirksame Leistungen für

Beamte, Richter, Berufssoldaten und Soldaten auf Zeit sind weiterzuzahlen, soweit die sonstigen Voraussetzungen erfüllt sind.

- 2.6 Die Gewährung und Höhe des Urlaubsgeldes nach § 4 des Urlaubsgeldgesetzes (UrlGG) wird durch den Mutterschaftsurlaub nicht berührt. Bei Teilzeitbeschäftigten ist § 4 Abs. 2 UrlGG zu beachten.
- 2.7 Die Sonderzuwendung ist gemäß § 6 des Gesetzes über die Gewährung einer jährlichen Sonderzuwendung (SZG) in Höhe der Bezüge zu gewähren, die - ohne Berücksichtigung des Mutterschaftsurlaubs und der Höhe des Mutterschaftsgeldes - nach dem Besoldungsrecht für den Monat Dezember maßgebend wären; das gilt in den Fällen des § 40 Abs. 5 und 6 sowie des § 62 Abs. 3 BBesG sowohl hinsichtlich der Sonderzuwendung der Beamtin als auch der Sonderzuwendung des Ehemannes oder des anderen Anspruchsberechtigten. Ein Ausscheiden der Beamtin vor dem 31. März des folgenden Jahres berührt den Anspruch auf Sonderzuwendung nicht, wenn die Berechtigte wegen Niederkunft spätestens mit Ablauf des Mutterschaftsurlaubs aus dem Dienstverhältnis ausscheidet (§ 3 Abs. 5 Nr. 2 SZG).
- 2.8 Die Zeit des Mutterschaftsurlaubs hat keine Auswirkung auf das festgesetzte Besoldungsdienstalter. Sie ist uneingeschränkt ruhegehaltfähig.
Bei der Festsetzung des Besoldungsdienstalters anlässlich der Übernahme von Anwärtinnen in das Beamtenverhältnis auf Probe unter Gewährung von Dienstbezügen ist zu beachten, daß nach § 28 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 BBesG nur die vorgeschriebene Mindestzeit der Ausbildung berücksichtigt werden darf. Die Überschreitung der vorgeschriebenen Mindestzeit durch den Mutterschaftsurlaub ist also nur zur Hälfte anrechnungsfähig (§ 28 Abs. 2 BBesG).
- 2.9 Durch den Mutterschaftsurlaub wird das versicherungsfreie Beschäftigungsverhältnis (§ 6 AVG) nicht unterbrochen. Im Falle einer späteren Nachversicherung in der gesetzlichen Rentenversicherung (§ 9 AVG) ist die Zeit des Mutterschaftsurlaubs unter Zugrundelegung der der Beamtin nach Ziffer 2.1 gewährten Bezüge einzubeziehen.
- 2.10 Während des Mutterschaftsurlaubs bleibt der Anspruch auf Beihilfen sowie auf Gewährung von Tuberkulosehilfe unberührt.
- 2.11 Hat die Beamtin Anspruch auf Trennungsschädigung, so sind die Kürzungsvorschriften des § 5 TEVO für die Zeit des Mutterschaftsurlaubs entsprechend anzuwenden (vgl. auch § 5 Abs. 2 Satz 2 TEVO). Trennungsschädigung wird nicht gewährt, wenn die Beamtin ihre Unterkunft aufgibt oder ihres Amtes wegen unentgeltlich Unterkunft erhält (§ 5 Abs. 1 Satz 1, 2. Halbsatz TEVO).
- 2.12 Bei Anträgen auf Gewährung eines Vorschusses nach den Vorschußrichtlinien (VR), RdErl. v. 2. 6. 1976 (SMBI. NW. 203204), sind für die Berechnung der Höhe des Vorschusses die ungekürzten Bezüge im Sinne der Nr. 3 Abs. 3 VR zugrunde zu legen. Der Vorschuß kann nur bewilligt werden, wenn die Beamtin erklärt, daß sie nicht beabsichtigt, nach Ablauf des Mutterschaftsurlaubs ihre Entlassung zu beantragen. Auf Antrag kann für die Dauer des Mutterschaftsurlaubs die Tilgung eines Vorschusses ausgesetzt werden (Nr. 4 Abs. 2 VR). Die Zustimmung des Finanzministers gem. Nr. 6 Abs. 1 VR gilt als erteilt.
- 3 **Regelung für Mütter in einem öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis**
- 3.1 Mutterschaftsurlaub gem. § 5 a MuSchVB können auch in einem öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis stehende Lehrlinge und Praktikantinnen beanspruchen.
- 3.2 Die Hinweise zu 1 und 2 gelten sinngemäß.
- 4 **Änderung von Verwaltungsvorschriften**
In Nr. 1.11 Satz 1 des RdErl. d. Finanzministers v. 20. 7. 1976 (SMBI. NW. 20320) werden nach den Worten „Berechtigte (Absatz 6)“ die Worte „während der

Schutzfrist des § 6 Abs. 1 des Mutterschutzgesetzes“ eingefügt.

Den Gemeinden und Gemeindeverbänden wird empfohlen, entsprechend zu verfahren.

Im Einvernehmen mit dem Finanzminister.

- MBI. NW. 1980 S. 1232.

20310

Tarifvertrag zur Regelung der Arbeitsbedingungen der mit der Räumung der Kampfmittel beschäftigten Angestellten des Landes NW.

RdErl. d. Innenministers v. 2. 5. 1980 -
II A 2 - 7.21.01 - 1/80

Mein RdErl. v. 30. 10. 1979 (SMBI. NW. 20310) wird wie folgt geändert:

In Abschnitt B Nr. 3 erhält der letzte Absatz folgende Fassung:

Seit dem 1. 2. 1977 (s. § 7) hat sich die Endgrundvergütung der Vergütungsgruppe IV b BAT

am 1. 3. 1978 um 4,5 v. H.,

am 1. 3. 1979 um 4,0 v. H.,

am 1. 3. 1980 um 6,3 v. H.,

insgesamt also um 14,8 v. H. erhöht. Die Gefahrenzulagen sind daher vom 1. März 1980 an in folgender Höhe zu zahlen:

a) Allgemeine Gefahrenzulagen:

1 200,- DM,

wenn die Zulage bisher 1 050,- DM betrug,

1 020,- DM,

wenn die Zulage bisher 890,- DM betrug;

b) Sonderprämie:

760,- DM anstelle von bisher 670,- DM.

- MBI. NW. 1980 S. 1233.

20310

Tarifvertrag zur Regelung der Arbeitsbedingungen der mit der Räumung der Kampfmittel beschäftigten Arbeiter des Landes NW.

RdErl. d. Innenministers v. 2. 5. 1980 -
II A 2 - 7.31.01 - 1/80

Mein RdErl. v. 31. 10. 1979 (SMBI. NW. 20310) wird wie folgt geändert:

In Abschnitt B Nr. 2 erhält der letzte Absatz folgende Fassung:

Seit dem 1. 2. 1977 (s. § 8) hat sich die Endgrundvergütung der Vergütungsgruppe IV b BAT

am 1. 3. 1978 um 4,5 v. H.,

am 1. 3. 1979 um 4,0 v. H.,

am 1. 3. 1980 um 6,3 v. H.,

insgesamt also um 14,8 v. H. erhöht. Mit Wirkung vom 1. 3. 1980 erhöht sich daher die Gefahrenzulage von 740,- DM auf 840,- DM und die Sonderprämie von 670,- DM auf 760,- DM.

- MBI. NW. 1980 S. 1233.

203206
20024

Richtlinien über die Schadenshaftung der Fahrer von Dienstkraftfahrzeugen im Verhältnis zu ihrem Dienstherrn

RdErl. d. Finanzministers v. 19. 5. 1980 -
B 2713 - 1.36 - IV A 3

Mein RdErl. v. 15. 4. 1976 (MBI. NW. S. 890/SMBl. NW. 203206) wird mit Wirkung vom 1. 1. 1980 wie folgt geändert:

- 1 Nr. 1.1 Satz 2 erhält folgende Fassung:
Diese Haftungsgrundsätze gelten auch für den öffentlichen Dienst (vgl. § 84 LBG, § 14 BAT und § 11 a MTL II).
- 2 Nr. 5.1 erhält folgende Fassung:
Nach § 14 BAT und § 11 a MTL II finden die für die Beamten des Landes geltenden Vorschriften über die Schadenshaftung für die Schadenshaftung der Angestellten und Arbeiter entsprechende Anwendung. Die vorstehenden Grundsätze sind daher ebenfalls auf die Fahrer im Arbeiter- und Angestelltenverhältnis anzuwenden.
- 3 Nr. 5.2 Satz 1 und 2 erhalten folgende Fassung:
Schadensersatzansprüche des Arbeitgebers gegen Angestellte und Arbeiter unterliegen neben der Verjährung dem Verfall wegen Ablaufs der tariflich bestimmten Ausschußfrist. Die Ausschußfrist beträgt sechs Monate (§ 70 BAT und § 72 MTL II); sie beginnt mit der Fälligkeit des Anspruchs zu laufen.

- MBI. NW. 1980 S. 1234.

2100

Ausführungsanweisung zum Gesetz über das Paßwesen - AA PaßG -

RdErl. d. Innenministers v. 23. 5. 1980 -
I C 3/38.21

In Abschnitt C meines RdErl. v. 12. 1. 1980 (SMBl. NW. 2100) wird in Nr. 14.1 Abs. 2 nach Satz 2 folgender Satz eingefügt:

Ohne Vorlage der schriftlichen Aufforderung darf ein Paß nur ausgehändigt werden, wenn der Antragsteller der aushändigenden Dienstkraft der Paßbehörde persönlich bekannt ist oder Zweifel an seiner Identität in anderer Weise, z. B. durch Vergleich mit einem anderen amtlichen Ausweis mit deutlich erkennbarem Lichtbild (Personalausweis, Dienstausweis, Führerschein usw.) oder durch der Paßbehörde persönlich bekannte Zeugen ausgeschlossen werden können.

- MBI. NW. 1980 S. 1234.

230

Genehmigung des Gebietsentwicklungsplanes für den Regierungsbezirk Detmold, Teilabschnitt Lippe

Bek. d. Ministerpräsidenten v. 20. 5. 1980 -
II B 2 - 60.34

Der Bezirksplanungsrat beim Regierungspräsidenten Detmold hat in seiner Sitzung am 26. März 1979 die Aufstellung des Gebietsentwicklungsplanes für den Regierungsbezirk Detmold, Teilabschnitt Lippe, beschlossen.

Den Gebietsentwicklungsplan habe ich mit Erlaß vom 12. März 1980 gemäß § 16 Abs. 1 des Landesplanungsgesetzes i. d. F. d. Bekanntmachung vom 28. November 1979 (GV. NW. S. 878/SGV. NW. 230) im Einvernehmen mit den fachlich zuständigen Landesministern genehmigt.

Gemäß § 16 Abs. 3 des Landesplanungsgesetzes werden die im Gebietsentwicklungsplan enthaltenen Darstellungen mit der Bekanntmachung der Genehmigung Ziele der Raumordnung und Landesplanung.

Der Gebietsentwicklungsplan für den Regierungsbezirk Detmold, Teilabschnitt Lippe, wird beim Chef der Staatskanzlei (Landesplanungsbehörde) in Düsseldorf, beim Regierungspräsidenten Detmold (Bezirksplanungsbehörde), beim Oberkreisdirektor des Kreises Lippe in Detmold und bei allen Gemeinden, auf deren Bereich sich die Planung erstreckt, zur Einsicht für jedermann niedergelegt.

Gemäß § 17 Landesplanungsgesetz weise ich auf folgendes hin:

Eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften des Landesplanungsgesetzes und der aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsvorschriften bei der Erarbeitung und Aufstellung des Gebietsentwicklungsplanes ist unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich unter Bezeichnung der Verletzung innerhalb eines Jahres nach dieser Bekanntmachung beim Regierungspräsidenten Detmold (Bezirksplanungsbehörde) geltend gemacht worden ist.

Dies gilt nicht, wenn die Vorschriften über die Genehmigung des Gebietsentwicklungsplanes oder deren Bekanntmachung verletzt worden sind.

- MBI. NW. 1980 S. 1234.

23210

Verwendung einheitlicher Vordrucke im bauaufsichtlichen Verfahren

RdErl. d. Innenministers v. 20. 5. 1980 -
V A 1/2 - 10.4 (4)

Mein RdErl. v. 11. 1. 1979 (MBI. NW. S. 116/SMBl. NW. 23210), mit dem ich die einheitliche Verwendung der von der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände Nordrhein-Westfalen bis Ende 1978 entwickelten Vordruckmuster für das bauaufsichtliche Verfahren empfohlen habe, wird wie folgt geändert:

1. Nach Nr. 1.3 werden die folgenden Nummern eingefügt:

- 1.4 Baubeschreibung (gem. § 4 BauVorIVO) für
 - Feuerungsanlagen für feste oder flüssige Brennstoffe mit Feuerstätten von mehr als 50 kW Nennwärmeleistung,
 - Gasfeuerungsanlagen mit Feuerstätten von mehr als 90 kW Nennwärmeleistung,
 - Heizräume gem. § 14 Abs. 1 FeuVO.

Anlage 4

- 1.5 Betriebsbeschreibung - zusätzliche Baubeschreibung gem. § 4 Abs. 2 BauVorIVO - für gewerbliche und sonstige Anlagen im Sinne des § 69 Abs. 2 BauO NW.

Anlage 5

2. In Nr. 1 erhält Satz 2 folgende Fassung:

Diese als Anlagen bekanntgemachten Vordrucke sind geeignet, insbesondere den Bauherren und Entwurfsverfassern die Vorbereitung von Anträgen und Anzeigen im bauaufsichtlichen Verfahren zu erleichtern und ihnen Hilfen für die Vorlage vollständiger und mangelfreier Bauvorlagen zu geben.

3. In Nr. 2 erhält der letzte Satz folgende Fassung:

Die Vordrucke können bei den Vordruckverlagen oder über den Buchhandel bezogen werden.

Baubeschreibung (gemäß § 4 BauVorVO)

☐ zum Bauantrag vom _____ ☐ zur Bauanzeige vom _____

für

- ☐ Feuerungsanlagen für feste oder flüssige Brennstoffe mit Feuerstätten von mehr als 50 kW Nennwärmeleistung
- ☐ Gasfeuerungsanlagen mit Feuerstätten von mehr als 90 kW Nennwärmeleistung
- ☐ Heizräume gemäß § 14 Abs. 1 FeuVO

Zutreffendes bitte ankreuzen. im übrigen Beschreibung nur, soweit aus den sonstigen Bauvorlagen nicht erkennbar.

Bauherr
Standort der Anlage

Nr.	Gegenstand	Beschreibung		
1	Schornstein Nr.	S 1 ☐ Errichtung ☐ Änderung ☐ vorhanden	S 2 ☐ Errichtung ☐ Änderung ☐ vorhanden	S 3 ☐ Errichtung ☐ Änderung ☐ vorhanden
1.1	Abmessungen	lichter Querschnitt _____ cm ² Seitenlängen bei rechteckigen Querschnitten _____ cm x _____ cm wirksame Höhe _____ m	lichter Querschnitt _____ cm ² Seitenlängen bei rechteckigen Querschnitten _____ cm x _____ cm wirksame Höhe _____ m	lichter Querschnitt _____ cm ² Seitenlängen bei rechteckigen Querschnitten _____ cm x _____ cm wirksame Höhe _____ m
1.2	Bauart	☐ Mauerwert Wangendicke _____ cm ☐ Formstücke Hersteller _____ ☐ allgemeine bauaufsichtliche Zulassung ☐ nach DIN _____ ☐ sonstige _____ z. B. gemauert mit Einsatzrohr	☐ Mauerwert Wangendicke _____ cm ☐ Formstücke Hersteller _____ ☐ allgemeine bauaufsichtliche Zulassung ☐ nach DIN _____ ☐ sonstige _____ z. B. gemauert mit Einsatzrohr	☐ Mauerwert Wangendicke _____ cm ☐ Formstücke Hersteller _____ ☐ allgemeine bauaufsichtliche Zulassung ☐ nach DIN _____ ☐ sonstige _____ z. B. gemauert mit Einsatzrohr

Nr.	Gegenstand	Beschreibung		
	Feuerstätte Nr.	F 1	F 2	F 3
2	zugeordnet zu Schornstein Nr.	S____ ☐ Errichtung ☐ Änderung	S____ ☐ Errichtung ☐ Änderung	S____ ☐ Errichtung ☐ Änderung
2.1	Nennwärmeleistung	_____ kW	_____ kW	_____ kW
2.2	Brennstoffe	☐ Kohle / Koks ☐ Heizöl EL ☐ Erdgas / Stadtgas ☐ Flüssiggas ☐ sonstiger _____ _____	☐ Kohle / Koks ☐ Heizöl EL ☐ Erdgas / Stadtgas ☐ Flüssiggas ☐ sonstiger _____ _____	☐ Kohle / Koks ☐ Heizöl EL ☐ Erdgas / Stadtgas ☐ Flüssiggas ☐ sonstiger _____ _____
2.3	Ausstattung	☐ Rost ☐ Brenner mit Gebläse ☐ Brenner ohne Gebläse ☐ Strömungs- sicherung ☐ Absperrvorrichtung im Rauch- oder Abgasweg ☐ geschlossene Verbrennungs- kammer	☐ Rost ☐ Brenner mit Gebläse ☐ Brenner ohne Gebläse ☐ Strömungs- sicherung ☐ Absperrvorrichtung im Rauch- oder Abgasweg ☐ geschlossene Verbrennungs- kammer	☐ Rost ☐ Brenner mit Gebläse ☐ Brenner ohne Gebläse ☐ Strömungs- sicherung ☐ Absperrvorrichtung im Rauch- oder Abgasweg ☐ geschlossene Verbrennungs- kammer
2.4	Wärmeträger	☐ Wasser Vorlauftemp. _____ °C ☐ Dampf Betriebsdruck _____ bar ☐ Luft ☐ sonstige _____ _____	☐ Wasser Vorlauftemp. _____ °C ☐ Dampf Betriebsdruck _____ bar ☐ Luft ☐ sonstige _____ _____	☐ Wasser Vorlauftemp. _____ °C ☐ Dampf Betriebsdruck _____ bar ☐ Luft ☐ sonstige _____ _____
3	zugehörige Verbindungsstücke	☐ Rauchrohr ☐ Rauchkanal ☐ Rauchfang ☐ Abgasrohr	☐ Rauchrohr ☐ Rauchkanal ☐ Rauchfang ☐ Abgasrohr	☐ Rauchrohr ☐ Rauchkanal ☐ Rauchfang ☐ Abgasrohr
3.1	Bauart oder Baustoffe und Wanddicke			

Nr.	Gegenstand	Beschreibung
4	Heizraum	
4.1	Lage im Gebäude	☐ KG ☐ EG ☐ _____ OG ☐ Dachzentrale
4.2	Abmessungen	lichte Höhe _____ m Grundfläche _____ m ² Rauminhalt _____
4.3	Baustoffe und ihr Brandverhalten, Feuerwiderstandsklasse	
	Außenwände	
	Innenwände	
	Decken	
	Fußboden	
	Türen	
4.4	Brennstofflagerung im Heizraum	☐ nein ☐ ja ☐ feste Brennstoffe ☐ Heizöl, Menge _____ l
4.5	Durch Decken oder Wände des Heizraumes führende Leitungen	für ☐ Heizung ☐ Lüftung ☐ Wasser ☐ Abwasser ☐ anderer Räume ☐ Öl ☐ Elektrische Energie ☐ Gas ☐ _____

5	Be- und Entlüftung des Heizraumes	
5.1	Belüftungsanlagen ohne Ventilator	☐ Zuluftöffnung in der Außenwand _____ cm x _____ cm = _____ cm ² ☐ unmittelbar ins Freie ☐ zu einem Schacht vor der Außenwand, Schachtquerschnitt _____ cm ² , Abstand von Schachtsohle bis UK - Zuluftöffnung mindestens 30 cm ☐ Lüftungsleitung ☐ unmittelbar ins Freie Baustoff: ☐ nicht brennbar ☐ schwer entflammbar ☐ durch andere Räume ins Freie, Feuerwiderstandsdauer der Leitung mindestens 90 Min. und/ohne Öffnungen zu anderen Räumen ☐ Der rechnerische Strömungswiderstand der Lüftungsleitung entspricht den bauaufsichtlichen Anforderungen (RdErl. vom 12. 1. 1976 MinBl. S. 107) ☐ _____ _____

Nr.	Gegenstand	Beschreibung
5.2	Belüftungsanlage mit Ventilator	Volumenstrom _____ m ³ /h ☐ Luftansaugung unmittelbar aus dem Freien ☐ Luftansaugung aus dem Freien über eine durch andere Räume führende Leitung, Feuerwiderstandsdauer mind 90 min. und ohne Öffnungen zu anderen Räumen ☐ elektrische Verriegelung zwischen Ventilator und Brenner
5.3	Entlüftungsanlage ohne Ventilator	☐ Abluftöffnung unter der Decke mit Ablufschacht über Dach Abluftöffnung: _____ cm x _____ cm = _____ cm ² Ablufschacht: _____ cm x _____ cm = _____ cm ² Wirksame Schachthöhe _____ m Ausführung des Schachtes: ☐ in der Bauart von Schornsteinen ☐ in der Bauart von Lüftungsleitungen mit einer Feuerwiderstandsdauer von mind. 90 min. ☐ Abluftleitung zwischen Abluftöffnung und Ablufschacht _____ cm x _____ cm = _____ cm ² Länge = _____ m ☐ innerhalb des Heizraumes Baustoff: ☐ nicht brennbar ☐ schwer entflammbar ☐ außerhalb des Heizraumes, Feuerwiderstandsdauer mindestens 90 min. und ohne Öffnungen zu anderen Räumen ☐ Abluftöffnung unter der Decke ins Freie in derselben Außenwand wie die Zuluftöffnung nach Nr. 5.1 _____ cm x _____ cm = _____ cm ² (Zulässig nur bei Gasfeuerstätten mit Strömungssicherung sowie sonstigen Feuerstätten bis 100 kW Gesamtnennwärmeleistung und bei Anordnung der Zuluftöffnung in der Nähe des Fußbodens) ☐ Abluftöffnung ☐ Abluftleitung ins Freie in Verbindung mit einer mechanischen Belüftungsanlage nach Nr. 5.2 ☐ Die Abmessungen der Abluftöffnung/Abluftleitung sind für die ausreichende Entlüftung des Heizraumes berechnet Abluftleitung: ☐ innerhalb des Heizraumes Baustoff: ☐ nicht brennbar ☐ schwer entflammbar ☐ außerhalb des Heizraumes Feuerwiderstandsdauer der Leitung mindestens 90 min. und ohne Öffnungen zu anderen Räumen ☐ _____

Nr.	Gegenstand	Beschreibung
5.4	Entlüftungsanlage mit Ventilator	Volumenstrom _____ m ³ /h ☐ Abluft unmittelbar ins Freie ☐ Abluft ins Freie über eine durch andere Räume führende Leitung mit einer Feuerwiderstandsdauer von mindestens 90 min. und ohne Öffnungen zu anderen Räumen ☐ elektrische Verriegelung zwischen Ventilator und Brenner
5.5	zusätzliche Maßnahmen bei Feuerstätten für Flüssiggas in Heizräumen, deren Fußboden ganz oder teilweise mehr als 1,0 m unter Erdgleiche liegt	☐ Luftwechsel im Heizraum mindestens 1.5/h ☐ Selbsttätige Absperrvorrichtung in der Flüssiggasleitung nach Maßgabe des § 9(4) Nr. 4 FeuVO

6	Beleuchtung, Notschalter, Heizölabsperreinrichtung für den Heizraum	☐ elektrische Beleuchtungsanlage ☐ Notschalter außerhalb des Heizraumes ☐ Heizölabsperreinrichtung in der Nähe des Notschalters ☐ Feuerlöscher für die Brandklassen A, B, C, E mit mindestens 6 kg Löschmittelinhalt ☐ _____
---	---	---

Bauherr Datum/Unterschrift	Entwurfsverfasser Datum/Unterschrift	Prüfvermerk der Behörde
---	---	---

Betriebsbeschreibung

- zusätzliche Baubeschreibung gemäß § 4 Abs. 2 BauVorlVO
für gewerbliche und sonstige Anlagen
im Sinne des § 69 Abs. 2 BauO NW

zum Antrag vom _____

Bauherr
Baugrundstück

1.	Nutzung	
1.1	Art der gewerblichen Anlage oder Tätigkeit	
1.2	Betriebszeit	von _____ bis _____ Uhr; Zahl der Schichten _____
1.3	verwendete Rohstoffe oder Materialien	
1.4	Erzeugnisse	
1.5	Arbeitsablauf	
1.6	Maschinen, Apparate, ortsfeste Fördereinrichtungen; ggf. Hinweise auf Maschinenaufstellungsplan	
1.7	Lagerung feuer-, explosions- oder gesundheitsgefährlicher Stoffe - Menge, Art, Ort, Schutzvorkehrungen	
1.8	Betriebstechnische Ausstattung der in den Bauzeichnungen darzustellenden Notausgänge und Rettungswege - z. B. Kennzeichnung, Sicherheitsbeleuchtung, Feuerlöscher	

2.	Zahl der Beschäftigten	männlich		weiblich		insgesamt
		über 18 Jahre	unter 18 Jahre	über 18 Jahre	unter 18 Jahre	
2.1	im bestehenden Betrieb					
	davon in der stärksten Schicht					
2.2	nach Durchführung des Vorhabens					
	davon in der stärksten Schicht					

3.	Arbeitsräume - besondere Maßnahmen in Bezug auf:	Bezeichnung des Raumes/des Arbeitsplatzes; Beschreibung der vorgesehenen Maßnahmen/Schutzvorkehrungen
3.1	Belichtung (z. B., wenn die Fenster- fläche $\frac{1}{8}$ der Raumgrund- fläche unterschreitet oder der Lichteinfall behindert ist)	
3.2	Lüftung (z. B., wenn Fensterlüftung nicht möglich oder nicht ausreichend ist)	
3.3	Raumtemperatur (z. B., zur Verhinderung gesundheitlich unzuträg- licher Temperaturen)	
3.4	Gase, Dämpfe, Nebel oder Stäube (z. B., zur Verhinderung der Überschreitung von MAK- oder TRK-Werten)	
3.5	Lärm am Arbeitsplatz (z. B., zur Einhaltung der Schallpegelwerte der ArbeitsstättenV)	
3.6	sonstige unzuträgliche Einwirkungen (z. B., wenn mechanische Schwingungen, elektrosta- tische Aufladung, ionisie- rende oder Wärmestrahlung auftreten können)	

4.	Sozialräume	im bestehenden Betrieb		nach Durchführung des Vorhabens	
4.1	Pausenräume	_____ m ² _____ Plätze		_____ m ² _____ Plätze	
4.2	Pausenräume für Jugendliche	_____ m ² _____ Plätze		_____ m ² _____ Plätze	
4.3	Sanitäräume	Anzahl _____		Anzahl _____	
4.4	Liegeräume für Frauen	Zahl der Liegen _____ Rauminhalt _____ m ³		Zahl der Liegen _____ Rauminhalt _____ m ³	
4.5	Umkleideräume	für Frauen	für Männer	für Frauen	für Männer
	Grundfläche (m ²)	_____	_____	_____	_____
	Zahl der Plätze	_____	_____	_____	_____
4.6	Waschräume				
	Zahl der Waschplätze	_____	_____	_____	_____
	Zahl der Duschen	_____	_____	_____	_____
4.7	Toilettenräume				
	Zahl der WC-Sitze	_____	_____	_____	_____
	Zahl der P-Stände	_____	_____	_____	_____

5.	besondere Verfahren z. B. nach Wasser-, Gewerbe- oder Immissionsschutzrecht für:	
----	--	--

6.	Umweltschutz		
6.1	Luftverunreinigung durch:	☐ Rauch ☐ Ruß ☐ Staub ☐ Gas ☐ Aerosole ☐ Dämpfe ☐ Gerüche ☐ sonstige	
	Bezeichnung der Stoffe	_____	
6.11	Lage der Emissionsöffnungen (Grundriß- und Höhenangaben!)		
6.12	Maßnahmen zur Verminderung der Emission		
6.2	Geräusche	Ursache, Dauer und Häufigkeit	
		Tageszeit	Nachtzeit (22.00 - 6.00)
	Einzelgeräusch		
	allgemeines Betriebsgeräusch		
	Verkehrslärm auf dem Grundstück		

6.21	Lage der Geräuschquellen/ -Austrittsöffnungen, ggf. Größen- und Richtungsangaben	
6.22	Maßnahmen zur Ver- minderung der Geräusche	
6.3	Erschütterungen, mechanische Schwingungen, Ursache und Häufigkeit	☐ kurzzeitig ☐ in Intervallen ☐ dauernd
6.31	Lage der Erschütterungs- oder Schwingungsquellen	
6.32	Maßnahmen zur Verminderung von Erschütterungs- oder Schwingungsübertragungen	
6.4	betriebliche Abfallstoffe genaue Bezeichnung:	☐ fest ☐ flüssig ☐ sonstige
6.41	durchschnittliche Menge pro Zeiteinheit	
6.42	Zwischenlagerung und Verbleib	
6.5	besondere betriebliche Abwässer, deren Art und Behandlung sowie Verbleib der Rückstände	

7.	Sonstige Angaben und Hinweise	
----	----------------------------------	--

Bauherr	Entwurfsverfasser	Prüfvermerk der Behörde
Datum/Unterschrift	Datum/Unterschrift	

71341

**Die Bestimmung von Vermessungspunkten
der Landesvermessung in Nordrhein-Westfalen
(Vermessungspunkterlaß I)**

RdErl. d. Innenministers v. 16. 5. 1980 –
I D 3 – 4212

In meinem RdErl. v. 15. 11. 1974 (SMBL. NW. 71341) erhält der zweite Absatz folgende Fassung:

Der Vermessungspunkterlaß I ist durch folgende Rund-
erlasse geändert worden:

1. RdErl. v. 11. 3. 1976 (MBL. NW. S. 442),
2. RdErl. v. 9. 11. 1977 (MBL. NW. S. 1842),
3. RdErl. v. 15. 5. 1980 (MBL. NW. S. 1244).

– MBL. NW. 1980 S. 1244.

II.

Ministerpräsident

**Generalkonsulat
der Demokratischen Volksrepublik Algerien,
Frankfurt/Main**

Bek. d. Ministerpräsidenten v. 21. 5. 1980 –
I B 5 – 401 a – 1/79

Das Generalkonsulat der Demokratischen Volksrepublik Algerien für die Bundesrepublik Deutschland in Frankfurt hat die Adresse: Beethovenstraße 4, 6000 Frankfurt/Main 1, Telefonnummer 06 11/74 90 77 bis 79, Sprechzeit: Mo–Fr 8.30–12.30 und 14.30–17.30 Uhr.

– MBL. NW. 1980 S. 1244.

Innenminister

**Die Bestimmung von Vermessungspunkten
der Landesvermessung in Nordrhein-Westfalen
(Vermessungspunkterlaß I)**

RdErl. d. Innenministers v. 15. 5. 1980 – I D 3 – 4212

Die mit RdErl. v. 15. 11. 1974 (SMBL. NW. 71341) als Sonderdruck herausgegebenen Vorschriften über die Bestimmung von Vermessungspunkten der Landesvermessung in Nordrhein-Westfalen (Vermessungspunkterlaß I) werden wie folgt geändert:

1 Nummer 6.3

1.1 Im Absatz 2 wird in der zweiten Zeile das Wort „Koordinatendatei“ in „Punktdatei“ geändert. Des weiteren werden der zweite Satz und der links vom Text stehende Hinweis „Anh. 2“ gestrichen.

1.2 Als neuer Absatz wird eingefügt:

(3) Der Neueinrichtung von Punktdateien sowie der Umorganisation von vorhandenen Dateien ist das Sollkonzept „Automatisiertes Liegenschaftskataster als Basis der Grundstücksdatenbank, Band 2 – Automatisierte Liegenschaftskarte –“ der Arbeitsgemeinschaft der Vermessungsverwaltungen der Länder der Bundesrepublik Deutschland (AdV) zugrunde zu legen. Vorhaben dieser Art sind dem Innenminister auf dem Dienstwege anzuzeigen.

2 Nummer 70.5

In der letzten Zeile wird der Klammerhinweis „(vgl. Nr. 3.8 Anh. 2)“ gestrichen.

3 Anhang 1

3.1 Der Anhang 1 erhält folgende Fassung:

Anhang 1
(zu Nr. 4)

Vorschriften
für die Numerierung der Vermessungspunkte

1 Numerierungsbezirk (NB)

1.1 Trigonometrische Punkte (TP), Nivellementpunkte (NivP)

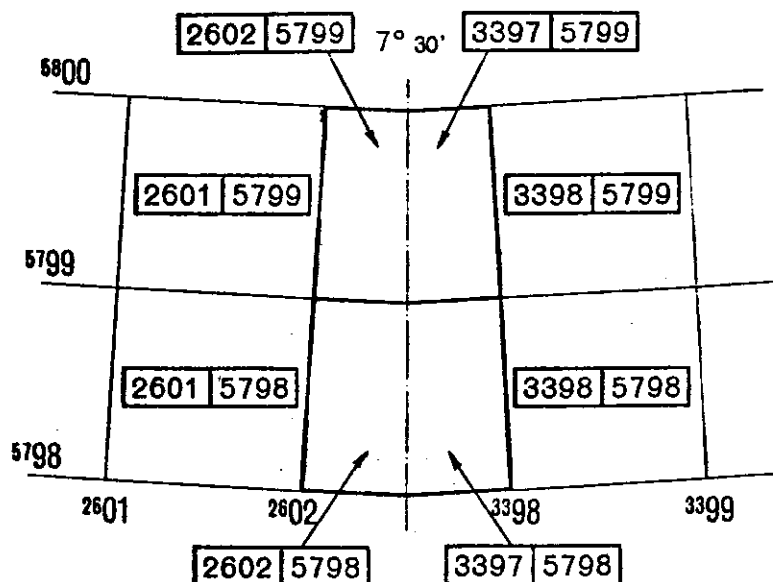
Der Numerierungsbezirk ist die Topographische Karte 1:25 000 (TK 25). Er wird durch die vierstellige Nummer der TK 25 festgelegt. Das Punktkennzeichen wird in der elften bis vierzehnten Stelle nicht besetzt.

1.2 Aufnahmepunkte (AP), Grenzpunkte (GP), sonstige Punkte (SP)

(1) Der Numerierungsbezirk ist das Kilometerquadrat des Gauß-Krüger-Koordinatensystems. Er wird durch eine achtstellige Zahlenangabe bezeichnet, die sich aus den vollen Kilometerwerten (Rechts- und Hochwert) für die südwestliche Ecke des Kilometerquadrats zusammensetzt.

(2) Am Grenzmeridian ist für jeden Meridianstreifen ein besonderer Numerierungsbezirk zu bilden. Dies gilt auch, wenn im zweiten und dritten Meridianstreifen liegende Gebietsteile in einer Flurkarte dargestellt sind.

Beispiel



1.3 Sollen TP und NivP zusammen mit den übrigen VP in einer nach Kilometerquadraten geordneten Punktdaten (Gesamtdaten) nachgewiesen werden, sind die in den amtlichen Nachweisen der TP und NivP festgesetzten Punktnummern beizubehalten.

2 Punktart (PA)

2.1 Zur Kennzeichnung der Punktart sind folgende Kennziffern (KZ) zu verwenden:

- 0 = Trigonometrischer Punkt (TP)
- 1 = Aufnahmepunkt (AP)
- 2 = Grenzpunkt (GP)
- 3 = Gebäudepunkt (SP)
- 4 = sonstiger Punkt – außer Gebäudepunkt – (SP)
- 5 } Punkt für kommunale Belange
- 6 } (z. B. Punkt des Planungskatasters oder einer unterirdischen Anlage)
- 7 }
- 8 = Schwerefestpunkt
- 9 = Nivellementpunkt

2.2 Sonstige TP – TP (S) – sind zu den AP zuzuordnen und mit der Kennziffer 1 zu bezeichnen.

3 Punktnummer (PNR)

3.1 Trigonometrische Punkte

Die Numerierung der TP richtet sich nach den Nrn. 6.2 und 6.3 TP-Erl. sowie nach Nr. 1 ErgV.TP-Erl. Die Stellen eins bis fünf des Punktkennzeichens sind für die Angabe der PNR einschließlich der Unternummern für Exzentren und Fortführungen bestimmt.

Beispiel

14	13	12	11	10	9	8	7	6	5	4	3	2	1
				5	0	0	8	0	1	0	4	0	0
(nicht besetzt)				NB-Nummer der TK 25				PA	PNR nach der Kartei der TP			Unter-NR des Exzentras und Nummer der Fortführungs-Nr. = 10, 20, ...	

3.2 Nivellementpunkte

Die Numerierung der NivP richtet sich nach der Nr. 62 NivP-Erl. Die Stellen eins bis fünf des Punktkennzeichens sind für die Angabe der Punktnummer bestimmt.

Beispiel

14	13	12	11	10	9	8	7	6	5	4	3	2	1
				4	7	0	5	9	0	0	2	5	0
(nicht besetzt)				NB-Nummer der TK 25				PA	PNR nach der Kartei der NivP				

3.3 Aufnahmepunkte, Grenzpunkte, sonstige Punkte

(1) Die AP, GP und SP mit den Kennziffern 1 bis 4 sind innerhalb des Numerierungsbezirks (Kilometerquadrat) durchlaufend zu numerieren, so daß in diesem Kennziffernbereich dieselbe PNR nur einmal vorkommt. Dabei können den einzelnen Punktarten auch besondere Nummernbereiche zugewiesen werden. Die Punktarten 5 bis 7 werden nach Erfordernis je für sich getrennt mit 1 beginnend oder auch durchlaufend numeriert.

(2) Das Punktkennzeichen besteht aus vierzehn Stellen, wovon die Stellen eins bis fünf für Angabe der PNR bestimmt sind.

Beispiel

14	13	12	11	10	9	8	7	6	5	4	3	2	1
2	5	6	5	5	7	5	4	2	3	6	7	8	9
< Rechts				NB				> PA	< PNR >				
				Hoch				1 ↓ 1 (z.B. Grenzpunkt)					

(3) Punkte, die verschiedenen Punktarten angehören – z. B. ein Aufnahmepunkt, der gleichzeitig Grenzpunkt ist –, sind der Punktart mit der niedrigsten Kennziffer zuzuordnen.

(4) Die auf der westlichen und südlichen Grenze eines Numerierungsbezirks liegenden Punkte werden in dem Numerierungsbezirk selbst, die auf der östlichen und nördlichen Grenze liegenden in den Nachbarbezirken numeriert.

(5) Liegen in einem Numerierungsbezirk Flächen verschiedener Katasteramtsbezirke, so sind die zur Verfügung stehenden PNR entsprechend den vorliegenden Verhältnissen (Bebauung, Punktdichte usw.) nach größeren Nummernbereichen aufzuteilen. Diese Aufteilung und Vergabe der PNR auf der Grenze von Katasteramtsbezirken regeln die Katasterämter im gegenseitigen Einvernehmen unter sich. Kann eine Einigung nicht erzielt werden, entscheidet der Regierungspräsident.

(6) Stellt sich nach der Koordinatenberechnung heraus, daß Punkte nicht in dem Numerierungsbezirk numeriert worden sind, in dem sie tatsächlich liegen, ist das Punktkennzeichen zu ändern.

4 Unterteilung des Kilometerquadrats

4.1 Wenn es die Verhältnisse (z. B. dicht bebaute Ortslagen) erfordern, kann das Kilometerquadrat so unterteilt werden, daß bereits aus der PNR erkennbar ist, in welchem Bereich der Punkt liegt. In solchen Fällen sind den Unterbezirken (z. B. Rahmenflurkarten 1:1000 oder 1:500, örtlich abgegrenzten Blöcken oder Flurteilen) bestimmte Nummernbereiche zuzuordnen.

4.2 Im Falle der Unterteilung nach Rahmenflurkarten sind möglichst zu verwenden

a) beim Maßstab 1:1000

für das südliche Blatt (0) die PNR 1 bis 49 999 und für das nördliche Blatt (9) die PNR 50 000 bis 99 999;

b) beim Maßstab 1:500

nach der in der Anlage 1 Flurkartenerlaß angegebenen Blatteinteilung die PNR

70 000 bis 79 999, 80 000 bis 89 999,

50 000 bis 59 999, 60 000 bis 69 999,

30 000 bis 39 999, 40 000 bis 49 999.

10 000 bis 19 999, 20 000 bis 29 999.

Die nicht aufgeführten Nummern 1 bis 9 999 und 90 000 bis 99 999 können bei Bedarf zur Erweiterung der Numerierungsmöglichkeiten benutzt werden.

5 Numerierung bereits vorhandener VP

5.1 Die TP und die NivP behalten ihre bisherige PNR unverändert bei.

5.2 (1) Bereits numerierte AP, GP und SP können ihre PNR behalten, wenn sie nur einmal im Kilometerquadrat vorkommt.

(2) Treten innerhalb eines Kilometerquadrats PNR in geschlossener Nummernfolge mehrfach auf, können sie durch Vorsetzen unterscheidender Ziffern (z. B. für die Fluren, Blätter der Rahmenflurkarten) so erweitert werden, daß Verwechslungen ausgeschlossen sind.

(3) Kommen nur wenige PNR mehrfach in einem Kilometerquadrat vor, sind die Punkte so umzunummerieren, daß jede PNR nur einmal auftritt.

(4) Durch zusätzliche Buchstaben unterschiedene PNR sind abzuändern.

(5) In den Vermessungsrissen werden die abgeänderten PNR so gestrichen, daß sie lesbar bleiben. Die neuen PNR sind nachzutragen. Andernfalls muß die Verbindung zwischen den alten und neuen PNR durch ein vergleichendes Nummernverzeichnis sichergestellt werden.

6 Numerierung neu entstehender oder veränderter AP, GP und SP

6.1 (1) Neue AP, GP oder SP können nach folgenden Verfahren numeriert werden:

1. Die PNR werden vor oder bei den örtlichen Arbeiten vergeben und bei der Koordinatenberechnung überprüft (vgl. Nr. 3.3 Abs. 6).

2. Zur Vermeidung einer nachträglichen Berichtigung von PNR kann eine Arbeitsnumerierung verwendet werden. Die endgültigen PNR werden sodann bei der Übernahme in den Nachweis der VP - ggf. maschinell - vergeben. Die Arbeitsnummern dürfen nicht in die Originale der Vermessungsrisse, sondern nur in Arbeitsrisse eingetragen werden.

(2) Welche der beiden Möglichkeiten bei der Nummernvergabe für beigebrachte Vermessungsvorschriften zu verwenden ist, bestimmt das Katasteramt. Dabei sind überörtliche Vereinbarungen mit anderen Behörden (Landesvermessungsamt, Regierungspräsident usw.) zu berücksichtigen.

6.2 Nummernlücken (vgl. Nr. 5.2 Abs. 1 und 2) sind bei neu anfallenden Vermessungen zu schließen.

- 6.3 (1) Die PNR von örtlich unveränderten AP, GP und SP, die im Zuge einer Netzerneuerung andere Koordinaten erhalten haben, werden unverändert beibehalten.
- (2) Örtlich veränderte AP, GP und SP erhalten neue PNR. Dies gilt auch, wenn im Rahmen von Wiederherstellungsarbeiten ein alter Punkt nicht mit völliger Sicherheit wieder ermittelt werden konnte.
- 6.4 (1) Fallen einzelne Punkte bei der Fortführung des Nachweises der VP aus, so sollen ihre PNR nicht wieder verwendet werden.
- (2) Wird das VP-Feld in einem größeren Gebiet erneuert (z. B. bei Flurbereinigungen, Baulandumlegungen), können die PNR der im Nachweis gelöschten Punkte erneut vergeben werden.

7 Nachweis der Punktnummern

7.1 Vermessungsriß

(1) Im Vermessungsriß (Inselriß) sind die Grenzen der Numerierungsbezirke (Kilometerquadrate) mit der dafür festgelegten Signatur (Abschnitt 3, lfd. Nr. 21 Zeichenvorschrift NW) einzutragen. Die volle Bezeichnung jedes Kilometerquadrats ist an geeigneter Stelle einmal anzugeben und durch starke Umrandung hervorzuheben (Beispiel:

2565	5754
------	------

). Für die mit den Kennziffern 1 bis 4 durchlaufend nummerierten Punkte sind nur die PNR nachzuweisen. Sollen darüber hinaus noch PNR anderer Kennziffernbereiche in den Vermessungsriß übernommen werden, so ist der PNR die jeweilige Kennziffer 5, 6 oder 7 vorzuschreiben (z. B. 7/1216). Bei hohen PNR (z. B. 61310 bis 61425) kann auf die wiederholte Eintragung der vorderen gleichlautenden Ziffern verzichtet werden, soweit keine Verwirrung zu befürchten ist und die Kürzung aus der Situation im Vermessungsriß oder aus Hinweisen, die unterhalb der Angabe für den Numerierungsbezirk einzutragen sind, eindeutig hervorgeht.

(2) Alle Eintragungen sind in Schwarz vorzunehmen.

(3) Rahmenrisse sind so zu bezeichnen, daß aus jedem einzelnen Riß ersichtlich ist, welchem Numerierungsbezirk er angehört (volle Angabe des Kilometerquadrats).

7.2 Liste der Punktnummern

(1) Für jedes Kilometerquadrat ist eine „Liste der Punktnummern“ nach dem Muster der Anlage 1 zu führen. Die in den Bereichen der Punktarten 1 bis 4 durchlaufend vergebenen PNR sind abzustreichen, während reservierte Nummern in der freien Spalte vermerkt werden. Für PNR mit den Kennziffern 5 bis 7 sind ggf. jeweils besondere Listen anzulegen.

(2) Die „Liste der Punktnummern“ kann auch maschinell erstellt und fortgeführt werden.

7.3 Numerierungsübersicht

Bei Bedarf können als ergänzende Unterlagen zum amtlichen Nachweis der AP, GP und SP Numerierungsübersichten geführt werden (Nr. 6.2 Abs. 1 Buchst. e VPERl. I). — Die Entscheidung hierüber trifft der Katasteramtsleiter.

8 Kürzung des Punktkennzeichens für die automatisierte Datenverarbeitung

- 8.1 (1) Für vermessungstechnische Berechnungen und Kartierungen und zur Erleichterung der Schreibarbeiten in Eingabeblättern, Ablochbelegen usw. kann das Punktkennzeichen durch Verminderung (Verschlüsselung) der Stellen für den Numerierungsbezirk gekürzt werden. Die Verschlüsselung gilt nur für das jeweilige Arbeitsvorhaben und ist ggf. maschinenintern vorzunehmen.

Beispiel

Volle Angabe				Verschlüsselung	Schreibweise			
2565	5754	3	36789	2565 5754 = 1	<table><tr><td>1</td><td>3</td><td>36789</td></tr></table>	1	3	36789
1	3	36789						
2566	5754	3	00214	2566 5754 = 2	<table><tr><td>2</td><td>3</td><td>00214</td></tr></table>	2	3	00214
2	3	00214						
2565	5755	2	00055	2565 5755 = 3	<table><tr><td>3</td><td>2</td><td>00055</td></tr></table>	3	2	00055
3	2	00055						

(2) Aus einer Punktdatensatz müssen die Punkte jedoch immer über die volle Bezeichnung des Numerierungsbezirks abgerufen werden können.

3.2 Die Anlage 1 zu Nummer 7.2 Abs. 1 bleibt unverändert.

4 Anhang 2

4.1 Der Anhang 2 wird aufgehoben.

4.2 Im Inhaltsverzeichnis wird auf Seite 5 der Wortlaut „Richtlinien für die Einrichtung der Koordinatendatei“ gestrichen und an seiner Stelle „(entfällt)“ eingetragen.

Zur Berichtigung der in Gebrauch befindlichen Exemplare des Vermessungspunkterlasses I werden für die geänderten Seiten Austauschblätter zur Verfügung gestellt.

Die Regierungspräsidenten, Kreise und kreisfreien Städte erhalten für den dienstlichen Gebrauch je 10 Zusammenstellungen der Austauschblätter kostenfrei. Im übrigen können die Austauschblätter zum Preis von 2,- DM vom Landesvermessungsamt Nordrhein-Westfalen, Muffendorfer Straße 19–21, 5300 Bonn 2, bezogen werden.

– MBl. NW. 1980 S. 1244.

Personalveränderungen**Finanzminister****Ministerium**

Es ist ernannt worden:

Regierungsdirektor F. Esser zum Ministerialrat

Nachgeordnete Dienststellen

Es sind ernannt worden:

Oberfinanzdirektion Düsseldorf

Oberregierungsrat H.-E. Hübner zum Regierungsdirektor

Oberregierungsrätin Dr. H. Schmidinger zur Regierungsdirektorin

Regierungsrat z. A. F. Henkel zum Regierungsrat

Großbetriebsprüfungsstelle Wuppertal

Oberregierungsrat J. Hoyer zum Regierungsdirektor beim Finanzamt Wuppertal-Elberfeld

Oberfinanzdirektion Köln

Regierungsdirektor J. Kern zum Leitenden Regierungsdirektor

Oberregierungsrat F. Fürst zum Regierungsdirektor

Oberregierungsbaurat W. Hartmann zum Regierungsbaudirektor

Oberregierungsräte

K. H. Strohe

H. Velden

K. L. Watrin

zu Regierungsdirektoren

Regierungsrat H. Breitfeld, abgeordnet zum Finanzministerium, zum Oberregierungsrat

Regierungsrat F. J. Jardin zum Oberregierungsrat

Regierungsrat W. Winter zum Oberregierungsrat

Großbetriebsprüfungsstelle Köln II

Oberregierungsrat M. Hennigfeld zum Regierungsdirektor bei der Konzernbetriebsprüfungsstelle Köln

Großbetriebsprüfungsstelle Sankt Augustin

Oberregierungsrat H. Fischer zum Regierungsdirektor bei der Großbetriebsprüfungsstelle Köln I

Oberfinanzdirektion Münster

Oberregierungsbaurat F. Ehring zum Regierungsbaudirektor

Oberregierungsrat P. Frey zum Regierungsdirektor

Oberregierungsrat Dr. F. Wegmann zum Regierungsdirektor

Regierungsrat J. Middeke zum Oberregierungsrat

Steueroberamtsrat H.-D. Kremerskothen zum Regierungsrat beim Finanzamt Münster-Außenstadt

Konzernbetriebsprüfungsstelle Münster

Oberregierungsrat B. Untiedt zum Regierungsdirektor

Großbetriebsprüfungsstelle Bochum

Regierungsrat H. Schiefer zum Oberregierungsrat

Großbetriebsprüfungsstelle Dortmund

Regierungsrat W. Thielmann zum Oberregierungsrat

Finanzamt Düsseldorf-Altstadt

Oberregierungsrat H.-P. Scharwächter zum Regierungsdirektor

Finanzamt Düsseldorf-Mettmann

Oberregierungsrat R. Pellengahr zum Regierungsdirektor

Finanzamt Düsseldorf-Mitte

Oberregierungsrätin B. Claus zur Regierungsdirektorin

Finanzamt Düsseldorf-Nord

Oberregierungsrat F. Aichele zum Regierungsdirektor beim Finanzamt Düsseldorf-Mettmann

Oberregierungsrat H. Aschendorf zum Regierungsdirektor

Regierungsrat z. A. R. Behrens zum Regierungsrat

Finanzamt Essen-Nord

Oberregierungsrätin Dr. E. Pollmann zur Regierungsdirektorin

Oberregierungsrätin K. Schlarbaum zur Regierungsdirektorin

Finanzamt Kempen

Oberregierungsrat K. Herriger zum Regierungsdirektor beim Finanzamt Viersen

Finanzamt Moers

Oberregierungsrat D. Tielsch zum Regierungsdirektor

Finanzamt Mülheim/Ruhr

Oberregierungsrat G. Neuberg zum Regierungsdirektor

Finanzamt Neuss

Oberregierungsrat P. Knippel zum Regierungsdirektor
Oberregierungsrat Dr. P. Maubach zum Regierungsdirektor

Finanzamt Aachen-Rothe Erde

Oberregierungsrat P. Martin zum Regierungsdirektor

Finanzamt Bonn-Innenstadt

Oberregierungsrat F. Borchers zum Regierungsdirektor
Regierungsrätin Dr. B. Behr-Lehmann zur Oberregierungsrätin

Finanzamt Köln-Mitte

Oberregierungsrat Dr. H. Eutebach zum Regierungsdirektor

Finanzbauamt Bonn

Regierungsbaurat J. Schliebusch zum Oberregierungsbaurat

Finanzbauamt Köln-Ost

Regierungsbaurat J. Hardkop zum Oberregierungsbaurat

Finanzamt Bielefeld-Innenstadt

Oberregierungsrat K. Niggebrügge zum Regierungsdirektor
Regierungsrat z. A. G. Preckwinkel zum Regierungsrat

Finanzamt Bochum

Oberregierungsrat K.-P. Hemming zum Regierungsdirektor

Finanzamt Dortmund-Ost

Oberregierungsrat A. Polchau zum Regierungsdirektor bei der Großbetriebsprüfungsstelle Dortmund
Regierungsrat H. Barein, abgeordnet an die Oberfinanzdirektion Münster, zum Oberregierungsrat
Steueroberamtsrat H. Hagemann zum Regierungsrat beim Finanzamt Dortmund-Hörde

Finanzamt Hagen

Oberregierungsrätin G. Temming-Ebbinghaus zur Regierungsdirektorin

Finanzamt Ibbenbüren

Regierungsrat z. A. L. Temming zum Regierungsrat

Finanzamt Lippstadt

Oberregierungsrat A. Wawerla zum Regierungsdirektor beim Finanzamt Paderborn
Regierungsrat z. A. Dr. H.-W. Federmann zum Regierungsrat

Finanzamt Münster-Außenstadt

Oberregierungsrat W. Kaulfuß zum Regierungsdirektor beim Finanzamt Beckum

Finanzamt Münster-Innenstadt

Oberregierungsrat J. Gissel zum Regierungsdirektor bei der Großbetriebsprüfungsstelle Münster

Finanzamt Paderborn

Regierungsrat B. Seipp zum Oberregierungsrat

Finanzamt Steinfurt

Oberregierungsrat K. Bonin zum Regierungsdirektor

Finanzamt Warendorf

Regierungsrat G. Buschmeier zum Oberregierungsrat

Es sind versetzt worden:

Oberfinanzdirektion Köln

Regierungsdirektor H. J. Adam an die Steuerfahndungsstelle Sankt Augustin

Konzernbetriebsprüfungsstelle Köln

Regierungsdirektor R. D. Loose an die Großbetriebsprüfungsstelle Köln II

Großbetriebsprüfungsstelle Köln II

Regierungsdirektor Dr. H. J. Bär an die Großbetriebsprüfungsstelle Sankt Augustin

Großbetriebsprüfungsstelle Bielefeld

Oberregierungsrat K. Lohkamp an die Steuerfahndungsstelle Bielefeld

Großbetriebsprüfungsstelle Dortmund

Regierungsdirektor H.-W. Koch an das Finanzamt Gladbeck

Finanzamt Essen-Nord

Oberregierungsrat K.-H. Grobler an das Finanzgericht Düsseldorf

Finanzamt Remscheid

Oberregierungsrat J. Hölger an das Finanzamt Solingen-West

Finanzamt Lüdinghausen

Regierungsrat K. Spangemacher an das Finanzamt Ahaus

Finanzamt Recklinghausen

Regierungsrat U. Eisenack an das Finanzamt Lüdinghausen

Finanzamt Siegen

Regierungsrat W. Lammers an die Oberfinanzdirektion Münster

Es sind in den Ruhestand getreten:

Oberfinanzdirektion Münster

Forstdirektor K.-J. Pieritz

Finanzamt Bielefeld-Außenstadt

Leitender Regierungsdirektor Dr. R. Schumann

Finanzamt Münster-Innenstadt

Oberregierungsrat F. Schröer

Staatshochbauamt Düsseldorf

Oberregierungsbaurat E. Kinski

Es sind ausgeschieden:

Finanzamt Ahaus

Regierungsrat Dr. G. Zoubek

Fachhochschule für Finanzen, Nordkirchen

Regierungsdirektor Dr. P. Feldhausen

Ministerpräsident**Verleihung des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland**

Der Bundespräsident hat nachstehend, im Lande Nordrhein-Westfalen wohnhaften Personen den Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland verliehen:

A. Großes Verdienstkreuz mit Stern	Verleihungsdatum
Günter Luther, Inspekteur d. Bundesmarine, Vizeadmiral, Bonn-Lengsdorf	28. 2. 1980
Albert Pürsten, Lehrer a. D., MdEP, MdL, Espelkamp	16. 4. 1980
Prof. Dr. med. Ernst Rebentisch, Generaloberstabsarzt, St. Augustin	13. 12. 1979
Dr. Wilhelm Seitz, Rechtsanwalt, Neuss	3. 1. 1980
B. Großes Verdienstkreuz	
Herbert Asselborn, Präsident d. Oberlandesgerichts a. D., Euskirchen	29. 8. 1979
Siegfried Endler, Präsident d. Bundeswehrverwaltungsamtes, Bad Honnef	13. 2. 1980
Prof. Thomas Grochowiak, Ltd. Direktor d. Städt. Museen Recklinghausen, Recklinghausen	22. 1. 1980
Prof. Dr.-Ing. Helmut Hentrich, Regierungsbaumeister a. D., Architekt, Düsseldorf	28. 12. 1979
Prof. Dr. theol. Bernhard Kötting, Hochschullehrer a. D., Prälat Domkapitular, Münster	11. 3. 1980
Horst Lehmann, Feuerwerker, Havixbeck	7. 1. 1980
Victor Neels, Oberstleutnant, Kommandeur d. belg. Truppenübungsplatzes Vogelsang, bisher Schleiden-Gemünd	17. 3. 1980
Dr. Gräfin Else Johanna von Rittberg, Oberkirchenrätin, Bonn	7. 1. 1980
Dr. Kaspar Roos, Arzt, Köln-Nippes	7. 1. 1980
Kurt Schneider, Inspekteur des BGS a. D., St. Augustin	12. 12. 1979
Apostolischer Protonotar Prälat Hubert Thienel, Apostolischer Visitator, Düsseldorf	6. 11. 1979
Dr. Dipl.-Ing. Johannes Trienes, Ministerialdirigent, Bad Honnef	18. 3. 1980
Hans-Georg Vitt, Geschäftsführer, MdL, Siegen	1. 2. 1980
Dr. Fritz Vogt, Rechtsanwalt u. Notar, Vizepräsident d. Landtags NW, MdL, Lüdenscheid	7. 1. 1980
Herbert Wolff, Rechtsanwalt und Notar, Herford	11. 2. 1980
C. Verdienstkreuz 1. Klasse	
Dr. Joseph Baumann, Stadtdirektor a. D., Bergisch-Gladbach	13. 11. 1979
Jobst von Capelle, Brigadegeneral, Münster	12. 12. 1979
Clemens Fuhrmann, kaufm. Angestellter, Duisburg	28. 12. 1979
Albert Graf, Vizepräsident d. LRH NW, Ratingen	11. 2. 1980
Dr. Hermann Herbold, Stadtdirektor a. D., Arnberg	11. 2. 1980
Herbert Karrenberg, selbst. Kaufmann, Neuss	22. 1. 1980
Willy Keuter, Damenschneidermeister, Aachen	7. 1. 1980
Heinz Kirchner, Ministerialdirigent, St. Augustin	25. 10. 1979
Dr. Herbert W. Köhler, Hauptgeschäftsführer u. Geschäftsf. Vorstandsmitglied, MdB, Duisburg	22. 1. 1980
Dr. Klaus-Joachim Kübler, Generalsekretär d. Zentralverbandes d. Deutschen Handwerks, Bonn	15. 6. 1979
Heinrich Lützenkirchen, Betriebsmeister i. R., Leverkusen	22. 1. 1980
Wilhelm Lupp, Kameramann u. Aufnahmeleiter, Bonn	19. 2. 1980
Dipl.-Kaufm. Heinz Mahn, Geschäftsführer, Generalsekretär, Bonn	11. 2. 1980
Dr. Siegfried Rietschel, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied, Düsseldorf	13. 11. 1979
Gerhard Roick, Oberst a. D., Alfter-Impekoven	4. 3. 1980

	Verleihungsdatum
Horst Scheuermann, Brigadegeneral, Rheinbach-Wormersdorf	12. 12. 1979
Dipl.-Ing. Heinrich Scheuken, 1. Direktor, Vorstandsvorsitzender, Mülheim a. d. Ruhr	11. 2. 1980
Dr. Wilhelm Schlüter, Direktor, Meerbusch	13. 11. 1979
Karl Helmut Schnell, Ministerialdirigent, Bonn	4. 3. 1980
Paul Schnitker, Malermeister, Münster	15. 6. 1979
Prof. Dr. Heinrich Stratmann, Präs. d. Landesanst. f. Immissionsschutz, Essen	11. 2. 1980
Günther Viezenz, Oberst, Köln	4. 9. 1979
Dr. Dieter von Würzen, Staatssekretär, Bonn	26. 2. 1980
D. Verdienstkreuz am Bande	
Ferdinand Ahle, Munitionsräumarbeiter, Paderborn-Schloß Neuhaus	20. 12. 1979
Dr. Ludwig Ahorner, Leiter d. Erdbebenstation Bensberg, Bergisch-Gladbach	15. 1. 1980
Karl Anstötz, Berater d. Bilgen-Entwässerungsverbandes, Düsseldorf	15. 1. 1980
Paul Asmuth, ehem. Verwaltungsangestellter, Paderborn	28. 11. 1979
Erwin Aymann, Kreisverwaltungsrat, Kleve	6. 11. 1979
Karl Backhaus, Geschäftsführer, Bergisch-Gladbach	20. 12. 1979
Alexander Basting, Weingroßhandelskaufmann, Köln	28. 11. 1979
Heinz Becker, Landwirt, Stewede	28. 11. 1979
Hermann Bergrath, ehem. Schlosser, Würselen	26. 11. 1979
Paul Bischoff-Everding, Landwirt, Münster	22. 10. 1979
Luise Blum, Hausfrau, Solingen	12. 12. 1979
Rudolf Bobisch, Ministerialrat, Rheinbach	13. 2. 1980
Dr. Heinrich Borgaß, Verleger, Düsseldorf	19. 2. 1980
Hans-Joachim Bormann, Verw.-Angestellter, Münster	13. 11. 1979
Kurt Werner Erwin Bornhoff, Versicherungskaufmann, Frechen	22. 10. 1979
Hermann Brand, ehem. Prokurist, Köln	13. 11. 1979
Wilhelm Bresslein, Rentner, Bochum	16. 3. 1979
Dr. Hans-Werner Brockhaus, Fabrikant, Plettenberg	26. 11. 1979
Günter Broszeit, Maurermeister, Bottrop	13. 11. 1979
Ewald Brückmann, Geschäftsführer, Solingen	6. 9. 1979
Dr. phil. Friedrich Bruns, Angestellter, Rheinbach-Merzbach	13. 2. 1980
Dr. med. Helmut Buerschaper, Facharzt f. Kinderkrankheiten, Köln	12. 12. 1979
Karlheinz Theodor Büscher, Gewerbeamtsinspektor, Coesfeld	26. 11. 1979
Gustav Clausmeier, Landwirt, Bünde	15. 1. 1980
Anton Damer, Kreisamtsinspektor a. D., Ahaus	1. 10. 1979
Alfred Debus, Eiserfeld-Eisern	16. 3. 1979
Hans Dewald, Hauptmann, Münster	28. 11. 1979
Dr. Hans Dittrich, Studienrat a. D., Köln	22. 10. 1979
Peter Domke, Räumarbeiter, Witten	22. 1. 1980
Engelbert Donnay, Schriftsetzer i. R., Monschau	12. 12. 1979
Otto Dornhöfer, Tischler, Siegen	26. 11. 1979
Werner Draudt, Geschäftsführender Gesellschafter, Wuppertal	20. 12. 1979
Werner Eggert, Geschäftsführer, Enger	13. 11. 1979
Josef Franz Eiselt, Maschinen- u. Bauschlosser, Räumarbeiter, Rheinbach	26. 11. 1979
Wilhelm Etschenberg, Installateur- u. Heizungsbaumeister, Köln	15. 10. 1979
Dr. med. Friedrich Fahlbusch, Arzt, Warendorf	12. 12. 1979
Siegfried Felber, Bergmann, Dortmund	13. 11. 1979
Hans Felder, Gemeindeamtsinspektor, Bergisch-Gladbach	22. 1. 1980
Kurt Feustel, Grubenlokfürer a. D., Duisburg	16. 3. 1979
Paul Finke, Munitionsräumarbeiter, Bad Driburg-Alhausen	26. 11. 1979

	Verleihungsdatum
Werner Fischer, Goldschmiedemeister, Ahlen	26. 11. 1979
Winfried Fischer, Räumarbeiter, Gelsenkirchen	22. 1. 1980
Dr. Hermann Flieger, Direktor d. Dortmunder Stadtwerke AG, Dortmund	13. 11. 1979
Otto Flimm, Fabrikant, Brühl	13. 11. 1979
Hubert Flink, Bäckermeister, Kreuzau	15. 10. 1979
Ludwig Flock, Verwaltungsdirektor, Köln	12. 12. 1979
Karl Fröhlich, Stadtamtmann a. D., Ennepetal	13. 11. 1979
Ewald Fransing, Tischler, Spenge	13. 2. 1980
Friedrich-Karl Fülbeck, Landwirt, Fröndenberg-Ostbüren	26. 11. 1979
Rolf Füllgräbe, Rechtsanwalt und Notar, Arnsberg	26. 11. 1979
Josef Füssenich, Maler- u. Lackierermeister, Bonn	28. 11. 1979
Bernhard Gahrman, Kaufmann, Ahlen	28. 12. 1979
Fred Gatzert, Schriftsetzermeister, Geilenkirchen	26. 11. 1979
Engelbert Gehlen, Landwirt, Nörvenich	9. 10. 1979
Rosalie Gollmann, Lehrerin, Bonn	12. 12. 1979
Dr. Fritz Graf, Abteilungsdirektor, Köln	6. 9. 1979
Theodor Grünwald, Gärtner, Lünen	28. 12. 1979
Ewald Gündteroth, Rentner, Essen	13. 11. 1979
Dr. Peter Gunkel, Geschäftsführer, Düsseldorf	26. 11. 1979
Erich Hampel, Bergmann, Dortmund	12. 12. 1979
Gerhard Haß, Studiendirektor a. D., Iserlohn	29. 1. 1980
Josef Hassel, Rentner, Herzogenrath	16. 3. 1979
Karl-Heinz Heering, Stadtamtsrat, Moers	13. 11. 1979
Dr. Hans B. Heil, Generalkonsul, Bankier, Düsseldorf	26. 11. 1979
Kurt Heindrichs, Sportlehrer, Düsseldorf	28. 12. 1979
Wilhelm Heinrichs, Bergmann, Marl	11. 2. 1980
Dr. Dr. Bruno Heinze, Geschäftsführer, Meerbusch	21. 9. 1979
Alfred Heyer, Sicherheitsingenieur, Velbert	13. 11. 1979
Hans Otto Franz Höfs, Friseurmeister, Bonn-Bad Godesberg	13. 11. 1979
Hermann Höschen, ehem. Polizeibeamter, Bocholt	26. 9. 1979
Heinz Holthausen, kaufm. Direktor, Gelsenkirchen	12. 12. 1979
Ewald Holtmann, Angestellter, Eschweiler	15. 1. 1980
Johannes Huschen, Landwirt, Lichtenau-Husen	29. 1. 1980
Johann Imbusch, Bergmann, Oberhausen	16. 3. 1979
Heinrich Iskenius, Apotheker, Werl	13. 11. 1979
Johann Jacobs, ehem. Gießerei-Facharbeiter, Jüchen	15. 10. 1979
Johannes Jakob, Räumarbeiter, Dortmund	13. 11. 1979
Kurt Jeschonnek, Schlosser, Schweißer, Recklinghausen	13. 11. 1979
Theodor Junghänel, Kaufmann, Hürth	28. 12. 1979
Bruno Kaltwasser, Pflegedienstleiter, Duisburg	28. 11. 1979
Otto Heinrich Kaufmann, Konrektor a. D., Lohmar	13. 11. 1979
Horst Wilhelm Keller, Verw.-Angestellter, Erftstadt	28. 12. 1979
Josef Kempen, Oberstudienrat, Bonn	22. 1. 1980
Alfred Kennemund, Schweißer, Fröndenberg-Langschede	12. 12. 1979
Elfriede Klein, Reg.-Ang., Neuss	15. 1. 1980
Dr. phil. Kurt Johannes Klein, Ltd. Regierungsdirektor, Bonn	13. 2. 1980
Ferdinand Klöpfer, Beigeordneter u. Kämmerer a. D., Hürth	1. 10. 1979
Erich Knäpper, Hattingen	16. 3. 1979
Helmut Kober, Geschäftsführer, Dortmund	13. 11. 1979
Amanda Koch, Hausfrau, Unna	20. 12. 1979
Dr. Gustav Emil Koch, Arzt, Bochum	15. 1. 1980
Paul Bernhard Josef Königskötter, Baggerführer, Hamm	15. 10. 1979
Johannes Konrad, Rechtsanwalt, Düsseldorf	6. 11. 1979
Wilhelm Korten, Rentner, Gladbeck	16. 3. 1979
Albert Kremer, Angestellter, Frechen-Bachem	13. 11. 1979

	Verleihungsdatum
Karlheinz Kuhs, Ltd. Regierungsdirektor, Essen	26. 3. 1980
Ignatz-Wessel Freiherr von Landsberg-Velen, Vermögensverwalter, Drensteinfurt	28. 12. 1979
Paul Lauterjung, ehem. Schildermalermeister, Solingen	11. 9. 1979
Erich Lemaire, Elektroinstallationsmeister, Hellenthal	13. 11. 1979
Hermann Lindau, Regierungsoberamtsrat, Siegen	13. 2. 1980
Lambert Löwenkamp, Polizeihauptkommissar, Linnich	17. 7. 1979
Wilhelm Lückenkemper, Schmiedemeister, Bönen	28. 11. 1979
Walter Mainz, Geschäftsf. Gesellschafter, Würselen	6. 11. 1979
Erich Majewski, Räumarbeiter, Essen	12. 12. 1979
Fritz Maletzky, Rentner, Gelsenkirchen	16. 3. 1979
Karl Mank, Rektor a. D., Kamen	11. 2. 1980
Friedrich Wilhelm Maßmann, Heilpraktiker, Mülheim/Ruhr	26. 11. 1979
Dipl.-Ing. Fritz Mazurkowski, Abteilungsdirektor, Düsseldorf	15. 1. 1980
Paula Meis, Reg.-Amtsrätin a. D., Münster	12. 12. 1979
Franz Merten, Munitionsarbeiter, Aachen	11. 9. 1979
Hildegard Meurs, Schwester Christophora, Ordensschwester, Kindergartenleiterin, Rietberg	22. 1. 1980
Peter Mick, Tischler i. R., Aachen	11. 9. 1979
Anton Müller, Rentner, Rheinberg	16. 3. 1979
Leo Müller, Rentner, Bergheim-Oberaßem	16. 3. 1979
Wilhelm Musebrink, Elektromeister, Essen	13. 2. 1980
Karl Nagel, Rektor a. D., MdL, Borken	11. 2. 1980
Walter Neuhäuser, Bergbaurentner, Gladbeck	28. 12. 1979
Joseph Nieder, selbst. Schneidermeister, Düsseldorf	13. 2. 1980
Peter Nobis, Abteilungspräsident, Osterath	13. 2. 1980
Wilhelm Noll, Orthopädie-Schuhmachermeister, Wuppertal	28. 12. 1979
Willi Nothdurft, Kaufmann, Bonn	13. 2. 1980
Werner Oberhagemann, Landwirtschaftsdirektor a. D., Münster	26. 11. 1979
Heinrich Ochsenfeld, Stadtdirektor, Olsberg	29. 8. 1979
Reinhold Peters, Geschäftsführer, Hünxe	22. 1. 1980
Ulrich Pieper, Oberst, Troisdorf-Spich	28. 11. 1979
Hans-Joachim Pischke, Schreiner, Lünen	12. 12. 1979
Heinz Opel, Bergmann, Witten	12. 12. 1979
Prof. Dr. Gerhard Ott, Chefarzt, Bonn-Bad Godesberg	15. 1. 1980
Dr. med. Karl Pfeufer, prakt. Arzt, Alpen	12. 12. 1979
Meta Plesken, Hausfrau, Iserlohn	20. 12. 1979
Dr. Johannes Pöhler, Journalist, ehem. Redakteur, Neuss	22. 1. 1980
Gerhard Pohl, Kaufmann i. R., Heiligenhaus	12. 12. 1979
Horst Prengel, Polizeiobermeister a. D., Swisttal-Heimerzheim	9. 10. 1979
Ernst Pult, Regierungsdirektor, St. Augustin-Niederpleis	4. 3. 1980
Gerhard Quaiser, Räumarbeiter, Essen-Rellinghausen	13. 11. 1979
Peter Rang, ehem. Angestellter, Swisttal-Dünstekoven	28. 12. 1979
August Reimann, Angestellter, Alfter-Witterschlick	28. 12. 1979
Helmut Richter, techn. Zeichner i. R., Herford	28. 12. 1979
Robert Richtsmeier, Tischler, Schieder-Schwalenberg	13. 11. 1979
Dr. Hubert Roggendorf, Arzt, Odenthal	13. 11. 1979
Kurt Rosenfeldt, selbst. Kaufmann, Dortmund	15. 10. 1979
Lothar Johann Heinrich Salewski, Reg.-Oberinspektor a. D., Rheinbach	9. 10. 1979
Heinrich Schabhäuser, Landwirt, Warendorf	22. 10. 1979
Heinrich Schäfer, Oberleitungsmeister a. D., Neunkirchen	6. 11. 1979
Alfred Schecht, Betriebsleiter, Bad Driburg	26. 11. 1979
Fritz Schemm, Techn. Ang., Lüdenscheid	22. 10. 1979
Dr. Richard Franz Schilling, Ltd. Kreismedizinaldirektor, Mechernich-Kommern	26. 11. 1979
Klaus Schmitz, Räumarbeiter, Köln	26. 11. 1979

	Verleihungsdatum
Walter Schmitz, Brigadegeneral, Köln	28. 11. 1979
Heinrich Schürmann, Textilkaufmann, Essen	28. 12. 1979
Dipl.-Volksw. Friedrich Schütte, Direktor, Lübbecke	13. 11. 1979
Heinrich Schulte, Städt. Verwaltungsrat, Witten	15. 1. 1980
Oswald Schulz, Reg.-Dir. im BIM, Bonn	16. 11. 1979
Karl Heinz Schwäbisch, Oberst a. D., Bonn-Buschdorf	13. 2. 1980
Karl Max Sellger, Angestellter, Köln	22. 1. 1980
Dr. Johann Siemeyer, ehem. Geschäftsführer d. Kernforschungsanlage Jülich, Bonn-Bad Godesberg	19. 2. 1980
Helmut Sohnefeld, Rentner, Warburg	6. 11. 1979
Gehard Sommer, Oberamtsrat, Swisttal-Morenhoven	13. 2. 1980
Karl-Heinz Steiger, Postoberamtsrat, Düsseldorf	28. 11. 1979
Reinhold Tegeler, Munitionsräumarbeiter, Schlangen	13. 2. 1980
Ernst Thoma, Arbeiter, Nörvenich	12. 12. 1979
Edmund Tietz, Verw.-Angest., Lünen	28. 12. 1979
Emil Timper, Ministerialrat, Düsseldorf	26. 3. 1980
Peter Trapp, Rentner, Kerpen-Balkhausen	16. 3. 1979
Matthias Varnhagen, Tischlermeister, Köln-Mülheim	9. 10. 1979
Prof. Dr. med. Günter Paul Gerhard Veltmann, Hochschullehrer, Bonn-Beuel	28. 12. 1979
Hans Vennefrohne, Realschuldirektor a. D., Horn-Bad-Meinberg	20. 12. 1979
Herbert Vesper, Abteilungsdirektor a. D., Düsseldorf	28. 12. 1979
Franz Joseph Vollmer, Verw.-Ang. i. R., Rietberg	6. 11. 1979
Heinz Voss, Reg.-Ang. i. R., Osnabrück	6. 11. 1979
Josef Wallbaum, Rentner, Herten	16. 3. 1979
Heinz Emil Karl Weber, ehem. Ang., Duisburg	13. 11. 1979
Herbert Weigert, Berufsschullehrer, Lüdenscheid	28. 12. 1979
Hans Weisweiler, Fußballtrainer, Neuss	19. 2. 1980
Udo Werdin, Amtsrat, Haan	19. 2. 1980
Josef Werner, Landwirt, Lichtenau-Atteln	13. 2. 1980
Hiltrud Wessling, Sekretärin, Münster	15. 1. 1980
Konrad Westerwinter, Fabrikant, Paderborn-Schloß Neuhaus	28. 12. 1979
Werner Wiesemann, ehem. Geschäftsführer, Wuppertal	13. 11. 1979
Alwin Wilhelm, Essen	16. 3. 1979
Hans-Werner Winter, Rektor, Gummersbach	13. 11. 1979
Friedrich Wolfel, Munitionsräumarbeiter, Hövelhof	28. 12. 1979
Dr. Richard Wolters, Ltd. Geologiedirektor, Krefeld-Fischeln	11. 9. 1979
Friedrich Zechner, Räumarbeiter, Essen-Steele	12. 12. 1979
Helmut Ziegenaus, Regierungsoberamtsrat, Detmold	28. 11. 1979
E. Verdienstmedaille	
Magdalene Lilly Badorf, Hausfrau, Euskirchen	20. 12. 1979
Ernst Balkhaus, Werkmeister, Solingen	15. 10. 1979
Rudolf Anton Wilhelm Besgen, kaufm. Angest., Bonn	26. 9. 1979
Ewald Buschmann, Rentner, Solingen	13. 11. 1979
Maria Clasvogt, Hausangestellte, Münster	15. 1. 1980
Wilhelm Dahmen, Reg.-Ang., Ratingen	26. 3. 1980
Wolfgang Demmig, Hauptfeldwebel, Wuppertal	28. 11. 1979
Theodor Doetsch, Rentner, Mülheim/Ruhr	13. 11. 1979
Jürgen Eck, Feldwebel, Rheine	28. 11. 1979
Ulrich Engelke, Hauptfeldwebel, Unna	28. 11. 1979
Theodor Franzen, Konditor i. R., Bedburg	26. 11. 1979
Heinz Geerkens, Feldwebel, Wegberg-Merbeck	28. 11. 1979
Werner Glose, Hauptfeldwebel, Delbrück-Westerholz	28. 11. 1979
Katharina Graf, ehem. Ang., Bonn	22. 1. 1980
Werner Groß, Hauptfeldwebel, Burbach	28. 11. 1979

	Verleihungsdatum
Peter Hanke, Oberfeldwebel, Wuppertal	28. 11. 1979
Karl-Heinz Heusmann, Hauptfeldwebel, Hilden	28. 11. 1979
Erich Himmelreich, Oberstabsfeldwebel, Wesel	28. 11. 1979
Hans Joachim, Hauptfeldwebel, Erndtebrück	28. 11. 1979
Ida Junker, Landwirtschaftsgehilfin, Wermelskirchen	1. 10. 1979
Marianne Kalverkämper, Angestellte, Düsseldorf	13. 2. 1980
Bernd Kammann, Oberleutnant, Burbach	28. 11. 1979
Karl-Heinz Kiel, Hauptfeldwebel, Wuppertal	28. 11. 1979
Josef Theodor Klauke, Stadtamtsinspektor a. D., Meschede	28. 11. 1979
Alfons Körner, Rentner, Wesel	13. 11. 1979
Günter Kohlstock, Kraftfahrer, Bonn	18. 3. 1980
Apollonia Kronenbürger, Hausangestellte, Alfter-Witterschlick	28. 12. 1979
Gottfried Josef Kruger, Rentner, Duisburg	13. 11. 1979
Willi Kuhlmann, Hauptfeldwebel, Dorsten	28. 11. 1979
Ralf-Peter Laufs, Stabsunteroffizier, Erkrath	28. 11. 1979
Gerda Leenen, Hausfrau, Willich	13. 11. 1979
Johanna Martina, Hausgehilfin, Duisburg	28. 11. 1979
Edmund Meesters, ehem. Steuerbeamter, Wesel	9. 10. 1979
Günter Otto, Oberfeldwebel, Heinsberg	28. 11. 1979
Viktor Pallentin, Hauptfeldwebel, Köln	28. 11. 1979
Elisabeth Rauer, Angestellte, Düsseldorf	18. 3. 1980
Johannes Reinartz, Hauptfeldwebel, Frechen	28. 11. 1979
Johann Reintgen, Rentner, Köln	28. 11. 1979
Horst Rieß, Kapitänleutnant, Meckenheim-Merl	28. 11. 1979
Gerhard Riedl, Hauptfeldwebel, Unna-Königsborn	28. 11. 1979
Ulrich Rosenberger, Oberfeldwebel, Wuppertal	28. 11. 1979
Fritz-Anton Schilling, Rentner, Brilon-Hoppecke	26. 11. 1979
Josef Stadtler, Oberstabsfeldwebel, Augustdorf	28. 11. 1979
Georg Steinberger, Hauptfeldwebel, Aachen	28. 11. 1979
Elfriede Erna Thieme, Hausfrau, Eitorf	6. 11. 1979
Norbert Trenker, Hauptmann, Euskirchen	28. 11. 1979
Ida Margarethe Tückmantel, Hausfrau, Olpe	1. 10. 1979
Felix Veldscholten, Schreiner, Stadtlohn	28. 11. 1979
Renate Betty Vengels, Hausfrau, Dinslaken	26. 9. 1979
August Verheyen, ehem. Orgelbauer, Köln	20. 12. 1979
Rudolf Weber, Hauptfeldwebel, Düsseldorf	28. 11. 1979
Udo Weber, Hauptfeldwebel, Augustdorf	28. 11. 1979
Gottfried Weißkirchen, Musiklehrer u. Organist i. R., Hückelhoven	28. 11. 1979
Robert Wollborn, Kfm. Angest., Münster	28. 12. 1979
Rudolf Wondratschek, Hauptfeldwebel, Borgentreich	28. 11. 1979

I.**7815****Berichtigung**

zum RdErl. d. Ministers für Ernährung, Landwirtschaft
und Forsten v. 16. 4. 1980 (MBL NW. 1980 S. 998)

**Richtlinien
für die Förderung der langfristigen
Verpachtung in der Flurbereinigung
durch Übernahme der Beitragsleistung**
(Richtlinien für die langfristige Verpachtung –
Beitragsübernahme –)

In Nummer 8.1 muß es anstatt Haushaltsgesetzes 1979
richtig lauten: Haushaltsgesetzes 1980.

– MBL NW. 1980 S. 1257.

II.**Hinweis****Inhalt des Gesetz- und Verordnungsblattes für das Land Nordrhein-Westfalen****Nr. 38 v. 11. 6. 1980**

(Einzelpreis dieser Nummer 5,20 DM zuzügl. Portokosten)

Glied- Nr.	Datum		Seite
223	20. 5. 1980	Verordnung zur Durchführung des Gesetzes zum Staatsvertrag zwischen den Ländern vom 23. Juni 1978 über die Vergabe von Studienplätzen (Vergabeverordnung – VergabeVO)	566

– MBL NW. 1980 S. 1257.

Einzelpreis dieser Nummer 6,40 DM

Bestellungen, Anfragen usw. sind an den August Bagel Verlag zu richten. Anschrift und Telefonnummer wie folgt für

Abonnementsbestellungen: Am Wehrhahn 100, Tel. (0211) 360301 (8.00-12.30 Uhr), 4000 Düsseldorf 1

Bezugspreis halbjährlich 59,- DM (Kalenderhalbjahr). Jahresbezug 118,- DM (Kalenderjahr), zahlbar im voraus. Abbestellungen für Kalenderhalbjahresbezug müssen bis zum 30. 4. bzw. 31. 10., für Kalenderjahresbezug bis zum 31. 10. eines jeden Jahres beim Verlag vorliegen.

Die genannten Preise enthalten 6,5% Mehrwertsteuer.

Einzelbestellungen: Grafenberger Allee 100, Tel. (0211) 6888293/294, 4000 Düsseldorf 1

Einzellieferungen gegen Voreinsendung des vorgenannten Betrages zuzügl. Versandkosten (je nach Gewicht des Blattes), mindestens jedoch DM 0,80 auf das Postscheckkonto Köln 8518-507. (Der Verlag bittet, keine Postwertzeichen einzusenden.) Es wird dringend empfohlen, Nachbestellungen des Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen möglichst innerhalb eines Vierteljahres nach Erscheinen der jeweiligen Nummer beim Verlag vorzunehmen, um späteren Lieferschwierigkeiten vorzubeugen. Wenn nicht innerhalb von vier Wochen eine Lieferung erfolgt, gilt die Nummer als vergriffen. Eine besondere Benachrichtigung ergeht nicht.

Herausgegeben von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Haroldstraße 5, 4000 Düsseldorf 1

Verlag und Vertrieb: August Bagel Verlag, Düsseldorf, Am Wehrhahn 100

Druck: A. Bagel, Graphischer Großbetrieb, 4000 Düsseldorf

ISSN 0341-194 X